



Newsletter Integration und Migration

In dieser Ausgabe:

EU: Bessere Integration	1
Wer Grenzen überschreitet, hat mehr Chancen in Europa	1
Projektförderung zum interreligiösen Dialog	1
WICHTIGES AUS DEUTSCHLAND	2
Situation der fünf größten in Deutschland lebenden Ausländergruppen	2
Daten zur Integration online - Integrationsreport	2
Expertendatenbank Migration	2
Zuwanderung bleibt auf niedrigem Niveau	3
5. Integrationsministerkonferenz	4
Abschiebungen in den Irak wieder möglich	4
Sperre durch Ausweisung bleibt	4
Interkulturelle Woche und Tag der Integration 2010	4
NEUIGKEITEN DER EU	5
Widerruf der Flüchtlingseigenschaft?	5
Reisefreiheit im Schengenraum	5
Meisten Asylbewerber aus Afghanistan	5
Engagement für Gleichstellung	5
Europa 2020	5
FÖRDERTÖPFE	6
Buchempfehlungen - Downloads - Termine	7
Impressum	7

EU: Bessere Integration

Die für Integration zuständigen Minister der EU-Mitgliedstaaten haben sich Mitte April auf der 4. Europäischen Integrationsministerkonferenz in Saragossa auf eine neue Europäische Integrationsagenda verständigt. In einer Absichtserklärung hielten sie fest, dass sie Integration als förderlich für den wirtschaftlichen Fortschritt und den sozialen Zusammenhalt auffassen. Integrationsmaßnahmen müssten daher auf allen politischen Ebenen umgesetzt werden. Um eine koordiniertere und einheitlichere Integrationspolitik zu erreichen, sollen nun zunächst die national bestehenden Integrationsmaßnahmen ausgewertet und ein offener Austausch darüber eröffnet werden. Auf der Basis dieses Dialogs sollen dann gemeinsame europäische Module und Vorgehensweisen erarbeitet werden. Wichtige Aspekte sollen dabei v. a. die Anpassung der nationalen Bildungs- und Erwerbsstrukturen an die zunehmende Vielfalt an Nationalitäten in den Mitgliedstaaten sowie die Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteure sein. Die Integration von Ausländern in den EU Mitgliedstaaten soll mit Maßnahmen in diesen Bereichen befördert werden. Nähere Informationen unter <http://europa.eu>.
Quelle : Migration und Bevölkerung 05/2010

Projektförderung zum interreligiösen Dialog

Das Bundesministerium des Innern fördert Initiativen und Projekte zum interreligiösen Dialog, insbesondere mit Muslimen. Ziel der Projektförderung ist es, zum besseren Verständnis zwischen den Religionen in Deutschland beizutragen. Wichtig ist daher, dass sich die Projekte nicht nur auf eine Religion beziehen, sondern mehreren religiösen Gemeinschaften zugute kommen. Auch wissenschaftliche Maßnahmen wie Kolloquien, internationale Symposien oder Forschungsprojekte können gefördert werden, wenn sie Erkenntnisse im

Sinne des interreligiösen Dialogs hervorbringen und über die Veröffentlichung ihrer Ergebnisse für Nachhaltigkeit gesorgt wird. Für die Projekte kann ein Zuschuss (keine Vollfinanzierung) beantragt werden. Der Antrag ist zu richten an: Bundesministerium des Innern, Referat G II 3, Alt Moabit, 10117, 10559 Berlin, E-Mail: ml-I3@bmi.bund.de. Frist: individuell
Weitere Informationen: www.deutsche-islamkonferenz.de Quelle: IKoM-Newsletter 2-10

Wer Grenzen überschreitet, hat mehr Chancen in Europa

Das EU-Programm „Jugend in Aktion“ hilft Jugendlichen, ihre Sprachkenntnisse und Berufschancen zu steigern. Zu diesem Ergebnis kommt eine jetzt veröffentlichte europaweite Umfrage unter 4.550 Jugendlichen, Jugendbetreuern und Jugendorganisationen, die bei „Jugend in Aktion“ mitgemacht hatten. So konnten 59 Prozent der befragten Teilnehmer ihre Sprachkenntnisse erweitern und zwei Drittel gehen davon aus, dass sie aufgrund der gewonnenen Erfahrungen ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt verbessern konnten.

Jugend in Aktion steigert nicht nur die Fähigkeiten und Kompetenzen junger Menschen, sondern ermutigt sie auch, sich aktiv an der Gesellschaft zu beteiligen. So sind 86 Prozent der Befragten der Auffassung, dass sie soziales Handeln gelernt haben. Über 90 Prozent geben an, dass sie jetzt die kulturelle Vielfalt in Europa aktiver unterstützen. Auch die Beteiligung an der Europawahl 2009 lag unter den befragten Teilnehmern bei 60 Prozent, während im Durchschnitt nur 29 Prozent der jungen Europäer zur Wahl gingen. Unter den Jugendbetreuern vertreten 88 Prozent die Ansicht, dass sie durch das EU-Programm ein Fachwissen erworben haben, das sie sich im Rahmen nationaler Projekte nicht hätten aneignen können. Fast einhellig sind sie der Meinung, dass sie nun in Zukunft darauf achten werden, noch besser die internationale Dimension in ihre Arbeit einzubeziehen. „Jugend in Aktion“ fördert Jugendbegegnungen, Jugendinitiativen sowie den europäischen Freiwilligendienst. Das Programm verfügt für die Jahre 2007 bis 2013 über einen jährlichen Gesamtetat von rund 140 Millionen Euro. Damit werden mehr als 7.000 Projekte unterstützt, an denen mehr als 130.000 Personen beteiligt sind. Besondere Aufmerksamkeit gilt dabei benachteiligten Jugendlichen.
http://ec.europa.eu/youth/index_de.htm
Quelle: EU Kompakt 18/2010

WICHTIGES AUS DEUTSCHLAND

Situation der fünf größten in Deutschland lebenden Ausländergruppen

Der Forschungsbericht 8 "Fortschritte der Integration. Zur Situation der fünf größten in Deutschland lebenden Ausländergruppen" beschreibt die Lebensverhältnisse von in Deutschland lebenden türkischen, griechischen, italienischen und polnischen Personen sowie von Personen aus den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien.

Die zugrundeliegende Repräsentativuntersuchung „Ausgewählte Migrantengruppen in Deutschland 2006/2007“ (RAM) mit ca. 4.500 Befragten deckt viele integrationsrelevante Felder ab, wie etwa Sprachkenntnisse, Schulbildung, berufliche Situation, Wohn-, Haushalts- und familiäre Situation, soziale Kontakte sowohl innerhalb der eigenen Community als auch zu Deutschen sowie die Bindung an Deutschland/an das Herkunftsland. Wesentliche Ergebnisse:

- Polnische Befragte sind jünger und leben seit kürzerer Zeit in Deutschland
- Bildungsaufstiege von Generation zu Generation sind bei allen Befragtengruppen unverkennbar
- Überdurchschnittlich viele polnische Befragte haben eine Berufsausbildung
- Besonders türkische Haushalte verfügen über ein niedriges Einkommen
- Jüngere Befragte haben bessere Deutschkenntnisse als ältere Befragte
- Italienische Befragte wohnen vergleichsweise komfortabel
- Ausländische Personen sind häufiger in deutschen als in herkunftslandbezogenen Vereinen
- Fast zwei Drittel haben regelmäßigen Kontakt zu deutschen Freunden

Der Forschungsbericht 8 beschränkt sich auf wesentliche Ergebnisse. Vertiefende Ergebnisse im Detail finden Sie im Basisbericht: Berichtsband. Dieser ist unter folgender Internetadresse herunterzuladen:

http://www.bamf.de/cln_092/nn_442016/SharedDocs/Anlagen/DE/Migration/Publikationen/Sonstige/forschungsbericht-008-basisbericht-berichtsband.html
Tabellen zu den fünf Ausländergruppen finden Sie im Basisbericht: Tabellenband. Download unter http://www.bamf.de/cln_092/nn_442016/SharedDocs/Anlagen/DE/Migration/Publikationen/Sonstige/forschungsbericht-008-basisbericht-tabellenband.html
Verfasser der Berichte ist Dr. Christian Babka von Gostomski.

Quelle: www.bamf.de

Daten zur Integration online - Integrationsreport

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) hat Daten zu verschiedenen Aspekten der Integration von Migranten in Deutschland online gestellt. Die neue Datenbank „Integrationsreport“ ermöglicht den Zugriff auf soziodemographische Grunddaten der Zuwandererbevolkerung sowie auf Daten zur schulischen und beruflichen Bildung, zur sprachlichen Integration, zur Wohnsituation und zur Einbürgerung. In Zukunft werden nach und nach weitere Bereiche folgen. Die Nutzer der Datenbank haben die Möglichkeit, zu den vorgestellten Bereichen auf Tabellen im Excel-Format zuzugreifen und diese zu speichern. Sie enthalten Daten, die entweder aus eigenen Untersuchungen des BAMF, aus amtlichen Statistiken, aus Literaturquellen oder aus für Forschungszwecke zugänglichen Datenquellen anderer Institutionen stammen. Die Integrationsdatenbank kann über den folgenden Link aufgerufen werden: <http://integrationsreport.bamf.de>.

Weitere Informationen: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Frankenstraße 210, 90461

Nürnberg, Tel.: 0911-9430, Internet: www.bamf.de

Quelle: IKoM-Newsletter 2-10

Expertendatenbank Migration

Die Expertendatenbank „Migration – Einwanderungsgesellschaft - Interkulturelles Zusammenleben“ entstand im September 2003 aus einem Gemeinschaftsprojekt der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) und dem Netzwerk Migration in Europa e. V. und umfasst fast 500 Experten aus verschiedenen Disziplinen und Arbeitsfeldern zum Thema Migration. Im Mai 2010 wurde sie vom Netzwerk Migration in Europa e. V. übernommen.

Die Ziel der Expertendatenbank ist die Stärkung des Themas „Migration, Einwanderungsgesellschaft und interkulturelles Zusammenleben“ in Europa. Sie erschließt Partner für Schulungen, Tagungen oder zum fachlichen Austausch in Europa und liefert Informationen über Experten aus Forschungseinrichtungen, Universitäten und staatlichen und nicht-staatlichen Organisationen. Sie fördert den Dialog, die Vernetzung und den Transfer zwischen Wissenschaft, Medien, Kultur, Politik und Wirtschaft sowie der europäischen politischen Bildungsarbeit. Das Angebot liegt deutsch und englischsprachig vor.

Über den neuen Internetzugang www.networkmigration.org/ experten kann jeder die Datenbank für eigene Recherchen nutzen oder sich selbst in die Datenbank eintragen. Kontakt: Redaktion der Expertendatenbank „Migration - Einwanderungsgesellschaft - Interkulturelles Zusammenleben“, verantwortlich: Dr. Anne von Oswald, EMail: experts@networkmigration.org, Internet: www.network-migration.org/ experten

Zuwanderung bleibt auf niedrigem Niveau—Auswanderung von Deutschen gestiegen

Das aktuelle Migrationsgeschehen in Deutschland wird von unterschiedlichen Trends bestimmt. Insgesamt bleibt die Zuwanderung auf vergleichsweise niedrigem Niveau. Im Jahr 2008 kam es erstmals seit rund 25 Jahren zu einem negativen Gesamtwanderungssaldo. Eine leichte Zunahme gab es bei der Einwanderung von Fachkräften.

Zu- und Fortzüge: Der Wanderungssaldo (auch: Nettozuwanderung) errechnet sich aus der Differenz zwischen den Zuzügen aus dem Ausland und den Fortzügen ins Ausland. Demnach ist die Zuwanderung nach Deutschland weiter rückläufig. 2008 haben sogar erstmals seit 1984 wieder mehr Personen die Bundesrepublik verlassen, als im gleichen Zeitraum zugezogen sind: 682.146 Zuzüge standen 737.889 Fortzüge gegenüber (-55.743 Personen). Die Zahl der Zuzüge hat sich gegenüber 2006 leicht gesteigert, als mit rund 662.000 Personen der niedrigste Wert seit der Wiedervereinigung registriert wurde. Gleichzeitig stieg 2008 die Zahl der Fortzüge im Vergleich zu den beiden Vorjahren deutlich an, als jeweils nur knapp 640.000 Personen aus Deutschland abwanderten.

Der überwiegende Teil der grenzüberschreitenden Wanderungen betrifft Ausländer (84,1 % der Zuzüge; 76,3 % der Fortzüge), wobei sich rund die Hälfte des Wanderungsgeschehens zwischen Deutschland und anderen EU-Staaten abspielt. Wie auch in den Vorjahren war 2008 Polen das Hauptherkunftsland der Zuwanderer, auch wenn im Vergleich zu 2007 ein deutlicher Rückgang zu verzeichnen war. Stark angestiegen sind in den beiden Jahren seit dem EU-Beitritt die Zuzüge aus Rumänien (2008: 47.642, Veränderung zu 2006: +100 %) und Bulgarien (2008: 23.834, Veränderung zu 2006: +211 %). Auch die Vereinigten Staaten und Ungarn haben als Herkunftsländer an Bedeutung gewonnen. Die Zuwanderung aus der Türkei ist dagegen leicht rückläufig. Die Statistikbehörde rechnet auch für das Jahr 2009, für das noch keine endgültigen Zahlen vorliegen, mit einem negativen Wanderungssaldo zwischen 20.000 und 70.000 Personen.

Auswanderung von Deutschen: Bereits seit 2006 ist unter deutschen Staatsangehörigen ein stetig wachsender negativer Wanderungssaldo zu verzeichnen: Im Jahr 2008 verließen 174.759 Deutsche die Bundesrepublik, während nur 108.331 zuzogen (-66.428). Das Statistische Bundesamt weist jedoch darauf hin, dass in den Jahren 2008 und 2009 umfangreiche Bereinigungen der kommunalen Melderegister vorgenommen wurden, die sich in erhöhten Fortzugszahlen niedergeschlagen haben. Verschiedene Merkmale der Fortziehenden deuten darauf hin, dass es sich bei den Fortzügen oftmals um Akademiker oder qualifizierte Arbeitskräfte handelt. Diese Annahme wird gestützt durch Statistiken der Zentralen Auslands- und Fachvermittlung der Bundesagentur für Arbeit (ZAV) über ins Ausland vermittelte Arbeitskräfte oder Daten des DAAD zum internationalen Austausch von Wissenschaftlern. Zahlen der Bundesärztekammer belegen, dass 2008 rund ein Viertel mehr Ärzte aus Deutschland abgewandert sind als im Vorjahr (2008: 3.065, 2007: 2.439). Ob es sich bei den Fortzügen um dauerhafte Abwanderungen im Sinne eines „Braindrain“ handelt, lässt sich aus den verfügbaren Zahlen nicht ohne weiteres schließen, da die Aufenthaltsdauer im Zielland unbekannt ist

Arbeitsmigration: Im Bereich der Arbeitsmigration war im Jahr 2008 ein Trend zu verstärkter Zuwanderung von qualifizierten Fachkräften zu beobachten. Die Bundesagentur für Arbeit stimmte z. B. wesentlich öfter der Erteilung eines Aufenthaltstitels zu, wenn ausländische Fachkräfte der Informatik- und Kommunikationstechnologie in Deutschland einer Beschäftigung nachgehen wollten (+15 % auf 3.906). Die zahlenmäßig wichtigsten Nationalitäten in diesen Bereichen waren indische, chinesische und russische Staatsangehörige. Auch die Zahl der neu eingereisten Selbständigen mit einer Aufenthaltserlaubnis stieg 2008 um mehr als 60 % auf 1.239. Allein aus den USA stammten 29 % und aus China 17 %. Weitere wichtige Nationalitäten waren russische (6 %), australische (5 %) und kanadische Staatsangehörige (4 %). Ende 2008 waren insgesamt 5.412 Drittstaatsangehörige in Besitz einer Aufenthaltserlaubnis nach § 21 des Aufenthaltsgesetzes. Weitere 547 Personen verfügten über eine Niederlassungserlaubnis als Selbständige, nachdem sie die geplante Tätigkeit erfolgreich verwirklicht und ihren Lebensunterhalt gesichert hatten. Die Zuwanderung von Hochqualifizierten mit einer Niederlassungserlaubnis stagnierte hingegen bei rund 150. Das wichtigste Herkunftsland war hier – wie in den Vorjahren – mit Abstand die USA: 45 % der neu einreisenden Hochqualifizierten waren US-Amerikaner, es folgten russische (8 %) und indische Staatsangehörige (6 %). Die Zuwanderung gering qualifizierter Saison- und Werkvertragsarbeitnehmer schwankte dagegen in den letzten drei Jahren nur geringfügig. Sie ging vom Höchststand im Jahr 2004 (333.690) zunächst kontinuierlich bis auf 285.217 im Jahr 2008 zurück (-14,5 %). Die mit Abstand wichtigsten Nationalitätengruppen im Jahr 2008 waren Polen und Rumänen (68 % bzw. 27 %). Im vergangenen Jahr erfolgte wieder ein leichter Anstieg auf 294.828 (+3,4 %). Seit 1. Januar 2009 dürfen Saisonarbeitnehmer bis zu sechs Monate pro Kalenderjahr beschäftigt werden (vorher: vier Monate). Bei den Werkvertragsarbeitnehmern, die als Beschäftigte von ausländischen Firmen auf der Basis bilateraler Abkommen und entsprechender Werkverträge in Deutschland tätig werden können, setzte sich in den letzten Jahren ein Negativtrend fort: Von knapp 47.000 im Jahr 2001 sank die Zahl der im Jahresdurchschnitt Beschäftigten kontinuierlich bis auf 16.209 (2009). Wichtigste Herkunftsländer der Werkvertragsarbeitnehmer 2008 waren Polen (34,8 %), Kroatien (20,7 %), Rumänien (11,6 %) sowie Bosnien-Herzegowina (11,2 %). Differenzierte Daten zur Arbeitsmigration für 2009, die Aufschluss über etwaige Auswirkungen der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise auf die Zuwanderung geben könnten, sind noch nicht verfügbar.

Bildungsmigration: Im Wintersemester 2008/09 stieg die Zahl der ausländischen Studienanfänger an deutschen Hochschulen, die ihre Zugangsberechtigung nicht in Deutschland erworben haben („Bildungsausländer“), erstmals seit fünf Jahren wieder deutlich an, von 39.496 im Wintersemester 2007/08 auf 42.670 im folgenden Wintersemester (+8 %). Hauptherkunftsländer waren China, Russland, Polen und Bulgarien. Außerdem erteilte die Bundesagentur für Arbeit 2008 insgesamt 5.935 ausländischen Absolventen deutscher Hochschulen die Zustimmung, eine Beschäftigung auf einem ihrer Ausbildung angemessenen Arbeitsplatz aufzunehmen. Auch dies bedeutet eine Steigerung um rund ein Drittel gegenüber dem Vorjahr (2007: 4.421 Zustimmungen). Weitere Informationen: www.destatis.de, www.bamf.de
Quelle: Migration und Bevölkerung 05/2010

5. Integrationsministerkonferenz

Die für Integration zuständigen Minister und Senatoren der Länder haben auf ihrer 5. Konferenz am 19. März in Düsseldorf beschlossen, die Integrationspolitik zwischen Bund und Ländern künftig besser miteinander abzustimmen. Die Länder wollen stärker als bisher in die integrationspolitischen Überlegungen des Bundes einbezogen werden. Ferner einigten sich die Minister auf ein gesetzlich verankertes, beschleunigtes Verfahren zur Anerkennung ausländischer Qualifikationen und bekräftigen erneut, den Anteil von Migranten im Öffentlichen Dienst erhöhen zu wollen. Darüber hinaus stimmten sie einem Maßnahmenpaket zur besseren Integration von Frauen mit Migrationshintergrund zu, da diese eine Schlüsselrolle im Hinblick auf die Gesundheit ihrer gesamten Familie einnehmen. Die Gesundheitsangebote sollen daher bei Frauen stärker bekannt gemacht und Zugangsbarrieren zum Gesundheitswesen abgebaut werden.

Weitere Informationen unter www.mgffi.nrw.de/integration/5_IntMK/index.php
www.bundesregierung.de

Quelle: Migration und Bevölkerung 04-2010

Abschiebungen in den Irak wieder möglich

Iraker können grundsätzlich wieder in ihr Herkunftsland abgeschoben werden. Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof veröffentlichte am 24. März drei Urteile, denen zufolge bei einer Rückkehr nach Bagdad, Mosul oder Kirkuk nach derzeitiger Sicherheitslage kein Grund für die Gewährung von Abschiebeschutz wegen eines innerstaatlichen bewaffneten Konflikts besteht (Az. 13a B 08.30283, 13a B 08.30285, 13a B 08.30304). Die Gefahrenrisiko in den drei Städten sei momentan nicht so hoch, dass Zivilpersonen einer ernsthaften Gefahr für Leib und Leben ausgesetzt wären. Drei Iraker hatten gegen die Aufhebung ihres Flüchtlingsstatus durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) geklagt. Der Bundestag hatte zuvor durch die Anpassung des Aufenthaltsgesetzes an EU-Richtlinien die Entscheidung des BAMF ausgesetzt. Eine Revision wurde zugelassen, da die Rechtssache im Hinblick auf die Auslegung des Art. 15 der Qualifikationsrichtlinie 2004/83/EG grundsätzliche Bedeutung habe. Mehrere europäische Staaten schieben bereits seit Herbst Asylbewerber in Teile des Iraks ab. Das UN-Flüchtlingshochkommissariat verurteilte dies.

Weitere Informationen unter: www.vgh.bayern.de/BayVGH/documents/PM-20100324.pdf.

Quelle: Migration und Bevölkerung 04-2010

Sperre durch Ausweisung bleibt bestehen

Das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) in Leipzig hat am 13. April entschieden, dass die Sperrwirkung einer Ausweisung gemäß §11 des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) auch dann gilt, wenn eine Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen vorliegt (Az. 1 C 5.09). Hintergrund war die Klage einer Ghanaerin, die Mitte der 1990er Jahre mit falschen Herkunftsangaben erfolglos

Asyl beantragt hatte und 2003 wegen verschiedener Verstöße gegen das Ausländerrecht ausgewiesen werden sollte. Aufgrund der inzwischen erfolgten Geburt ihrer Kinder, die die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, wurden der Klägerin aber befristete humanitäre Aufenthaltserlaubnisse nach §25 Abs. 5 AufenthG erteilt. Ihr Antrag, aus familiären Gründen eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis zu erhalten, wurde mit Verweis auf die Sperrwirkung der Ausweisung in allen Instanzen abgelehnt. Das BVerwG bestätigte diese Urteile nun. Die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen sei eine Ausnahme, die die grundsätzliche Sperrwirkung der Ausweisung nicht aufheben könne, begründeten die Richter ihre Entscheidung. Sie ergänzten aber, dass die Sperrwirkung der Ausweisung von der zuständigen Ausländerbehörde befristet werden könne.

Näheres unter www.bverwg.de

Quelle: Migration und Bevölkerung 04-2010

Interkulturelle Woche und Tag der Integration 2010

Bundesweit wird die "Interkulturelle Woche" in den Städten und Gemeinden Deutschlands durchgeführt. Sie bietet die Möglichkeit, auf Fragen der Migration, der Integration und auf Minderheitenfragen einzugehen.

Im Zusammenwirken vieler verschiedener Veranstalter werden alljährlich interessante, informative Veranstaltungen angeboten, die durch Begegnungen, Diskussionen, Gespräche und gegenseitiges Kennenlernen öffentliche Signale gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus setzen.

In diesem Jahr steht die Interkulturelle Woche unter dem Motto:

"Zusammenhalten – Zukunft gewinnen"

Der Termin in Erfurt ist die Zeit vom 24. September bis 3. Oktober 2010.

Die Europäische Union hat das Jahr 2010 zum Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung ausgerufen. Dies ist gerade für die Migrations-, Flüchtlings- und Integrationspolitik von Relevanz.

Die diesjährigen Materialien zur Interkulturellen Woche können online unter www.ekd.de/interkulturellewoche/ bestellt werden.



Der Tag der Integration findet in Erfurt am 28. September 2010 im Zentrum für Integration und Migration (ZIM) statt. Es wird ein Podiumsgespräch, Buchlesung, Videopräsentation „Meine arabische Familie“, Ausstellungseröffnung usw. geben. Außerdem werden das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und der Landessportbund Thüringen über ihre Angebote informieren.

Das genaue Programm wird zeitnah auf den Internetseiten eingestellt.

NEUIGKEITEN DER EU

Widerruf der Flüchtlingseigenschaft?

Hinsichtlich des Widerrufs der Flüchtlingsanerkennung stellt der Europäische Gerichtshof fest (Az. C-175/08), dass die Flüchtlingseigenschaft dann erlischt, wenn in Anbetracht einer erheblichen und nicht nur vorübergehenden Veränderung der Umstände in dem Drittland diejenigen Umstände, aufgrund derer der Betroffene begründete Furcht vor Verfolgung hatte, weggefallen sind und er auch nicht aus anderen Gründen Furcht vor Verfolgung haben muss. Der EuGH folgt damit dem Standpunkt von Generalanwalt Jan Mazak.

Im Rahmen der Prüfung der Flüchtlingseigenschaften von Irakern hebt der Gerichtshof hervor, dass sowohl im Stadium der Prüfung eines Antrags auf Anerkennung als Flüchtling, als auch bei der Prüfung eines Antrags auf Anerkennung als Flüchtling, als auch bei der Prüfung der Aufrechterhaltung des Flüchtlingsstatus die gleiche Frage zur Beurteilung steht, nämlich ob die festgestellten Umstände eine Bedrohung mit Verfolgung darstellen oder nicht. Anders als Generalanwalt Jan Mazak stellt der Gerichtshof nicht darauf ab, ob das Existenzminimum verfügbar ist.

Quelle: EU-Kompakt 05-2010

Reisefreiheit im Schengenraum

Das Europäische Parlament billigte am 9. März 2010 den Vorschlag für eine Verordnung zur Änderung des Übereinkommens von Schengen. Die Änderung betrifft Drittstaatsangehörige im Schengenraum, die Inhaber eines Langzeitvisums sind. Diese dürfen nun - genau wie Inhaber von Aufenthaltsgenehmigungen - bis zu drei Monate lang in anderen Schengenstaaten verbleiben. Vorher war es Drittstaatsangehörigen nicht erlaubt, wenn sie beispielsweise ein Visum für Deutschland hatten, andere Schengen-Staaten zu besuchen oder zu durchqueren. Dies war aus Sicht des Parlaments „einfach unakzeptabel“. Der Rat muss der Verordnung noch zustimmen.

Quelle: EU-Kompakt 05-2010

Meisten Asylbewerber aus Afghanistan

Im Jahr 2009 wurden in der EU fast 261.000 Asylbewerber registriert. Das sind 21.000 mehr als im Jahr zuvor. Wie Eurostat, das Statistische Amt der EU, weiter berichtet, kamen die meisten Bewerber aus Afghanistan (20.400 oder 8 Prozent), Russland (20.100), Somalia (19.100) und Irak (18.700). Die meisten stellten ihren Antrag in Frankreich, Deutschland und Großbritannien. In Deutschland waren es 2009 rund 31.800 Anträge. Demgegenüber hatten in Frankreich fast 48.000 Bewerber um Asyl. Im Vergleich zur Bevölkerung des jeweiligen Mitgliedstaates wurden die höchsten Asylbewerberquoten in Malta (5.800 Bewerber pro Million Einwohner), Schweden (2.600) und Belgien (2.000) verzeichnet. Die Gerichte entschieden im Jahr 2009 in 229.500 Fällen in erster Instanz. Dabei wurden 166.900 Anträge abgelehnt (73 Prozent). 63.000 erhielten beispielsweise einen Flüchtlingsstatus oder eine Aufenthaltsgenehmigung aus humanitären Gründen.

Quelle EU-Kompakt 16/2010

Engagement für Gleichstellung

Anlässlich des Internationalen Frauentages am 8. März hat die EU-Kommission eine „Charta für Frauen“ präsentiert, womit sie ihr verstärktes Engagement für eine Gleichstellung von Mann und Frau zum Ausdruck bringen will. Diese politische Erklärung sieht fünf Schlüsselbereiche für Maßnahmen vor und verpflichtet die Kommission, in den kommenden fünf Jahren in allen ihren Politikbereichen auf Gleichberechtigung zu achten und die Gleichstellung von Frauen und Männern gezielt zu fördern.

Quelle: EU-Kompakt 05-2010

Europa 2020

Die EU-Kommission hat am 3. März 2010 ihre Strategie „Europe 2020“ vorgestellt, mit der die wesentlichen Politikeziele der EU für die nächsten zehn Jahre festgelegt werden: Intelligentes, grünes und integriertes Wachstum. Konkrete Zielmarken bis 2020 sind u.a.: Die Erwerbsquote soll von derzeit 69 auf 75%, die Quote der Ausgaben für Forschung und Entwicklung auf 3% des BIP gesteigert werden. Die Quote der Schulabbrecher soll von derzeit 15 auf 10% eines Jahrgangs reduziert und der Anteil der Hochschulabsolventen unter der jüngeren Generation auf 40% gesteigert werden. 2020 sollen „20 Millionen Menschen weniger von Armut bedroht sein“.

Damit die Strategie auch tatsächlich umgesetzt wird, schlägt die Kommission eine Reihe von neuen Koordinierungsmethoden vor. Insbesondere soll der Wachstums- und Stabilitäts пакт mit der Europa 2020-Strategie enger verzahnt werden. Es bleibt abzuwarten, wie sich der Europäische Rat dazu positionieren wird. Die Staats- und Regierungschefs werden am 25./26. März ihren Beschluss fassen.

Quelle EU-Kompakt 04-2010

Kultur- und Kreativindustrien

Die EU-Kommission hat am 27. April 2010 ein Grünbuch zum Thema Kultur- und Kreativindustrien herausgegeben. Das Grünbuch hebt die Bedeutung der Kultur- und Kreativindustrien zur Herausbildung kultureller Diversität in Europa hervor und verdeutlicht die wirtschaftliche Bedeutung dieser Branche. Nach Berechnungen der Kommission machen Kultur- und Kreativindustrien 2,6% des BIP der EU aus und sind durch großes Wachstum gekennzeichnet. Im Zuge von Digitalisierung und Globalisierung eröffneten sie neue Marktchancen, insbesondere auch für Kleinunternehmen, und könnten somit einen großen Beitrag leisten, um Europa aus der Krise herauszuführen. Weiterhin trügen sie zur Wettbewerbsfähigkeit und zum sozialen Zusammenhalt der europäischen Städte und Regionen bei.

Zur Erschließung des Potenzials der Kultur- und Kreativindustrie startete die Europäische Kommission eine öffentliche Konsultation. Zielgruppe sind in erster Linie Vertreter nationaler Behördendienste, Kommunal- und Regionalbehörden, die europäischen Institutionen sowie Wirtschafts- und Sozialpartner der Kultur- und Kreativindustrien, aber auch alle anderen interessierten Bürger. Eine Teilnahme an der Online-Konsultation ist bis zum 30. Juli möglich.

Quelle: EU-Kompakt 08/2010

Weitere Erleichterung der Mobilität in der EU

Seit dem 1. Mai 2010 können sich die Bürger in Europa noch freier bewegen, denn sie müssen nicht mehr auf ihre Sozialleistungen verzichten. Die neuen Regeln garantieren allen Bürgern, insbesondere Arbeitnehmern, Jobsuchenden und Jugendlichen, Ansprüche auf Sozialleistungen (Krankenversicherung, Pension, Arbeitslosenunterstützung und Familienleistungen) auch bei Umzug ins europäische Ausland. Rechtsgrundlage ist die Verordnung (EG) 883/2004.

Quelle: EU-Kompakt 08/2010

FÖRDERTÖPFE

Förderprogramm „Geschichte(n) in Vielfalt“

Die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ informiert über die Neu-Ausschreibung des **Förderprogramms "Geschichte(n) in Vielfalt"**.

Denn Einwanderung hat in Deutschland zu einer Vielfalt von Erinnerungen an historische Ereignisse geführt: Zahlreich sind dabei die Erinnerungen an Unrechtserfahrungen und systematische Gewalt: an Kriege und Bürgerkriege, Diktaturen, Vertreibungen, Verfolgung und Flucht, Völkermord, Kolonialismus, an Widerstand und Selbstbehauptung.

Besondere Herausforderungen stellen sich, wenn historische Erfahrungen von kollektiver Gewalt und systematischem Unrecht zwischen Gruppen oder Völkern nachwirken und nun das Zusammenleben hier und heute belasten, etwa umstritten oder vernachlässigt sind. Hierzu fördert die Stiftung EVZ Bildungs- und Begegnungsprojekte für die hiesige Migrationsgesellschaft.

Die Projekte sollen zu einer Kultur des Respekts und der gleichberechtigten Verständigung beitragen und die Fähigkeit zu einem konfliktfähigen wie friedfertigen Zusammenleben in der Vielfalt in Deutschland stärken. Einsendeschluss für Förderanträge: 19. September 2010. - Über die eingereichten Projektvorschläge entscheidet der Stiftungsvorstand nach der Stellungnahme einer Fachjury. Neue Projekte können ab Januar 2011 beginnen.

Die ausführliche Information zur Ausschreibung finden Sie auf der Website:

www.stiftung-evz.de/foerderung/auseinandersetzung-mit-der-geschichte/geschichten-in-vielfalt/

Beratung, Information, Kontakt:

Ulla Kux, Programmleitung, Tel. +49 (0)30 25 92 97-84 · Fax +49 (0)30 25 92 97-11, kux@stiftung-evz.de

Quelle: Info Flüchtlingsrat Thüringen

Förderprogramm JUGEND IN AKTION

Bis einschließlich 2013 stellt Brüssel insgesamt 886 Millionen Euro für Jugendgruppen, gemeinnützige Vereine und Einrichtungen der Jugendarbeit in 31 Ländern zur Verfügung. Damit möchte die EU Bürgersinn, Solidarität und demokratisches Engagement unter jungen Menschen stärken und ihnen zu mehr Mobilität und Zusammenarbeit in Europa verhelfen. JUGEND IN AKTION fördert Jugendbegegnungen, Jugendinitiativen sowie den Europäischen Freiwilligendienst. Es fördert Projekte der partizipativen Demokratie und Projekte mit benachbarten Partnerländern. Auch Trainings und Vernetzungsmaßnahmen sowie Begegnungen junger Menschen mit Verantwortlichen für Jugendpolitik erhalten Fördermittel. Was dies alles bedeutet, wie sie Förderung bekommen können und welche Unterstützung ihnen geboten wird – das erfahren Sie auf der Internetseite www.jugend-in-aktion.de oder beim Eurodesk Informationsbüro im Zentrum für Integration Erfurt, Tel. 0361 6431535, zim@integration-migration-thueringen.de.

Förderung für Russlanddeutsche

Die deutsche Minderheit in Russland soll 2010 mit 9,28 Mio. Euro aus Deutschland und 5,49 Mio. Euro aus Russland gefördert werden. Dies vereinbarten beide Staaten auf der 16. Sitzung der Deutsch-Russischen Regierungskommission für die Angelegenheiten der Russlanddeutschen Mitte April in Potsdam. Fast die Hälfte des russischen Beitrags ist für Infrastrukturmaßnahmen und Wohnungsbau vorgesehen. Auch die Finanzierung von Gemeinschaftsprojekten z. B. im Kulturbereich wird mit einem großen Betrag von beiden Staaten unterstützt. Die deutsche Seite unterstützt zudem Maßnahmen zum Erhalt der deutschen Sprache. Der deutsche Co-Vorsitzende der Kommission, der Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten Christoph Bergner (CDU) betonte, dass die aus dem deutschen Haushalt finanzierten Maßnahmen die deutsche Minderheit dauerhaft befähigen sollen, ihre Geschicke selbst in die Hand zu nehmen, so zum Beispiel durch den Aufbau einer starken Selbstorganisation. In Russland leben laut der Volkszählung von 2002 ca. 600.000 Deutsche.

Weitere Informationen unter www.bmi.bund.de.

Quelle: Migration und Bevölkerung 05/2010

Ideeninitiative „Integration durch Musik“

Mit der Ideeninitiative möchte die Liz Mohn Kultur- und Musikstiftung das Miteinander von Kindern und Jugendlichen mit unterschiedlichem kulturellen Hintergrund fördern. Noch bis zum 31. Juli 2010 sind deutschlandweit wieder Institutionen, Vereine, Verbände, Stiftungen, individuelle Initiativen und Akteure etc. mit gemeinnütziger Zielsetzung eingeladen, musisch orientierte, neue Projekte für eine erfolgreiche Integration von Kindern und Jugendlichen zu entwickeln. Die Umsetzung von maximal 15 der eingereichten Projektanträge wird die "Ideeninitiative 'Integration durch Musik'" mit jeweils bis zu 5.000 Euro unterstützen.

Angaben zum Bewerbungsverfahren und die Vorlage für Projektanträge finden Sie unter: www.kultur-und-musikstiftung.de

Buchempfehlungen - Downloads

BÜCHER

Dokumentation Migration und Krise

Junge, männliche, prekär Beschäftigte und mit Migrationshintergrund – sie trifft die Finanz- und Wirtschaftskrise besonders hart, so ein Ergebnis einer Tagung zum „Migrationspolitik in Europa im Rahmen der Krise? Rahmenbedingungen und Herausforderungen“, deren Dokumentation soeben erschienen ist.

In der Dokumentation kommen Wissenschaftler und Praktiker zu Wort, die sich mit den Auswirkungen der Krise auf Migration beschäftigen.

Die Dokumentation zum Download:
www.migration-online.de/doku_migration_krise

Quelle: Info Flüchtlingsrat Thüringen

Bildungsmaterial

Das Entwicklungspolitische Bildungs- und Informationszentrum Berlin hat die DVD „Oury Jalloh“ und das didaktische Material „Flucht und Asyl“ entwickelt.

Zielgruppen: Die DVD und das speziell dazu entwickelte Material richtet sich an Lehrkräfte und außerschulische Bildungsinstitutionen, die die Themen Flucht, Asyl und Rassismus an einem aktuellen Beispiel behandeln möchten.

Inhalt DVD „Oury Jalloh“: In seinem semidokumentarischen Film greift der Regisseur Simon Paetau die prekäre Lebenssituation von Asylbewerbern in Deutschland auf und gewann dafür 2008 den Deutschen Menschenrechts-Filmpreis in der Kategorie „Amateur“. Er erzählt vom diskriminierenden Lebensalltag von Oury Jalloh, einem Asylbewerber aus dem Bürgerkriegsland Sierra Leone, der 2005 unter bis heute ungeklärten Umständen in einer Polizeizelle in Dessau verbrannte.

Material „Flucht und Asyl“: Die zugehörige didaktische Broschüre verbindet Hintergrundinfos zum Thema Flucht und Asyl mit konkreten didaktischen Beispielen für die Bildungsarbeit und den Politik-, Ethik- und Sozialkundeunterricht ab der 10. Klasse.

Bestellung unter www.epiz-berlin.de/?EPIZPublikationen
 Schutzgebühr: 5 Euro zzgl. 2,50 Euro Versand

Ansprechpartner: Christian Helm, EPIZ e.V., Schillerstr. 59, 10627 Berlin, Tel.: 030 61203954, E-Mail helm@epiz-berlin.de

Quelle: Migration und Bevölkerung 04/2010

Ausländerrecht, Migrations- und Flüchtlingsrecht

Ausgabe 2010

Das Regelwerk des Zuwanderungsrechts enthält die wesentlichen Vorschriften ungekürzt und aktuell zum Aufenthalts- und Freizügigkeitsrecht, Asyl- und Flüchtlingsrecht, Staatsangehörigkeitsrecht, Schengen-Recht, EU-Visarecht, Arbeitserlaubnis und Beschäftigung.

680 Seiten, ISBN 978-3-8029-2198-8, 14,95 Euro. Zu beziehen über Walhalla Fachverlag Regensburg.

Diversität und die Wirtschaft. Erfahrungen und Perspektiven von Migrantinnen und Migranten in Deutschland

HWWI Policy Paper 3-15, Michael Fischer

Auf der Basis von qualitativen Interviews mit Migrantinnen und Migranten konnte in der vorliegenden Studie untersucht werden, welche Diversitätseffekte in Wirtschafts- und Arbeitskontexten von Zuwanderern in Deutschland beobachtet werden und welche konkreten Dimensionen von Diversität dabei eine Rolle spielen. Offene Fragen ohne vorgegebene Antwortalternativen stellten sicher, dass nicht theoretische Vorannahmen, sondern Erlebnisse und Deutungsmuster der Migranten die Ergebnisse bestimmten.

Die Studie ist zu finden unter:

http://www.focus-migration.de/uploads/tx_wilpubdb/HWWI_Research_Paper_3-15.pdf

Fachdienst Thüringen im Zentrum für Integration

Impressum

Herausgeber:

Zentrum für Integration und Migration
 Fachdienst für Integration Thüringen (FDI)
 Rosa-Luxemburg-Str. 50
 99086 Erfurt

Telefon: 0361 6431535

Fax: 0361 3467666

E-Mail: fd@integration-migration-thueringen.de

Internet: www.integration-migration-thueringen.de

Redaktion: Beate Tröster, Anita Müller

gefördert aus Mitteln des Europäischen Integrationsfonds und durch das Thüringer Innenministerium



Migrantenforum - Veranstaltungsreihe im ZIM

Das Zentrum für Integration und Migration der Landeshauptstadt Erfurt führt seit verganginem Jahr eine erfolgreiche Veranstaltungsreihe mit dem Titel „Migrantenforum“ durch. In dieser werden Migranten zu verschiedenen Themen informiert. Folgende Veranstaltungen finden 2010 statt:

Rund um den Arbeitsvertrag und Arbeitsrecht

Dienstag, 17. August 2010 von 16.30 bis 18.00 Uhr
 Referent: Herr Scheinhäuser, IG Metall Eisenach

Bestattungskultur

Dienstag, 12. Oktober 2010 von 16.30 bis 18.00 Uhr
 Referenten: Herr Kratzing, Amtsleiter Friedhofs- und Bestattungswesen, Frau Schuldt, Erfurter Bestattungsinstitut

Eingliederungsvereinbarung und Konsequenzen

Dienstag, 30. November 2010 von 16.30 bis 18.00 Uhr
 Referent: Herr Wagner, ARGE Erfurt

Bei Interesse melden Sie sich bitte vorher an.